Antrag auf Erteilung einer (Zutreffendes bitte ankreuzen) * Angaben sind freiwillig * Angaben sind freiwillig Erlaubnis nach § 2 Gaststättengesetz (GastG) vorläufigen Erlaubnis nach § 11 Gaststättengesetz (GastG) (Hinweis: Ist nur möglich mit Antrag auf Erlaubnis nach § 2 Gaststättengesetz und nur bei Weiterführung eines bestehenden Betriebs im bisher genehmigten Umfang)						
Name des Betriebes					34 3 3,	
Anschrift des Betriebes						
1. Angaben zur Person als Antragsteller / Antragstelleri	n					
	ntrag stelle				linweis: Sind mehrere Personen zur Vertretung n Person bei Nummer 2)	
Familienname						
Geburtsname						
Vorname(n) / Geschlecht					männlich weiblich	
Geburtsdatum / Geburtsort				/		
Anschrift der Wohnung						
Straße / Hausnummer						
Postleitzahl / Ort				/		
Staat, wenn nicht Deutschland	Staat, wenn nicht Deutschland					
Telefon* (Festnetz / Mobil)				/		
Telefax*						
E-Mail* Staatsangehörigkeit		deutsch		and	dere	
Staatsangenongkeit		dedisen	Ш	and	ucic	
Aufenthaltsorte in den letzten 5 Ja	hren					
Zeitraum	Ort (Straße, Hausnummer, F			Postleit	tzahl, Ort)	
von bis						
von bis						
von bis						
Ausübung einer beruflichen Tätigkeit als Geschäftsführer/in einer juristischen Person, als persönlich haftende/r Gesellschafter/in einer Personengesellschaft oder als Inhaber/in eines Einzelunternehmens in den letzten fünf Jahren						
Zeitraum	Unternehmen				Tätigkeit	
von bis						
von bis						
von bis						
Anhängige Strafverfahren (Justizbehörde, Aktenzeichen)						
Anhängige Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit - bei Antrag für juristische Person au gegen diese (Behörde, Aktenzeichen)						
Anhängiges Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung und / oder Rücknahme- beziehungsweise Widerrufverfahren einer gewerberechtlichen Erlaubnis - bei Antrag für juristische Person auch gegen diese.						
Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung beziehungsweise Haft zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung innerhalb der letzten fünf Jahre - bei Antrag für juristische Person auch gegen diese.						
Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens beziehungsweise Abweisung des Eröffnungsantrags mangels Masse innerhalb der letzten fünf Jahre - bei Antrag für juristische Person auch gegen diese.						

2. Angaben zum Unternehmen (bei juristischer Person als Antragstellerin) Firma (Name des Unternehmens) Eintrag im Handels-/Genossenschafts-/ Vereinsregister ja, beim Amtsgericht in nein ist erfolgt Nummer der Eintragung Hauptniederlassung Straße / Hausnummer Postleitzahl / Ort Telefon* (Festnetz / Mobil) 7 Telefax* E-Mail* 3. Art der Tätigkeit, für die die Erlaubnis beantragt wird Betriebsart Schank- und Speisewirtschaft ohne besondere Betriebseigentümlichkeit, bitte auch Art der Speisen angeben: Schankwirtschaft ohne Abgabe von Speisen Andere Betriebsart: Ist Außenbewirtung (Sommer- oder Vorgartennutzung) beabsichtigt? __ ja nein (Hinweis: Hierfür kann eine gesonderte Erlaubnis erforderlich sein) Die Personaltoilette steht Gästen zur Mitbenutzung zur Verfügung (Hinweis: Nur zulässig für Betriebe bis 50 m² ja nein Schankraumfläche; der Zugang darf nicht durch die Küche erfolgen)

Raum für eventuelle Befreiungsanträge (mit Begründung)

lst bereits früher eine Erlaubnis nach dem Gaststättengesetz	
• beantragt worden?	☐ ja ☐ nein
• erteilt worden?	☐ ja ☐ nein
abgelehnt worden?	☐ ja ☐ nein
• zurückgenommen worden?	☐ ja ☐ nein
Gegebenenfalls wann und für welche Betriebsstätte/n?	
Es handelt sich um eine	
Neuerrichtung	Neueinrichtung / Nutzungsänderung
☐ Übernahme eines bestehenden Betriebes	
	Name des Vorgängers
4. Ergänzende Anträge	
Ich beantrage die	
Ten beantrage die	
Ausstellung eines Führungszeugnisses zu	r Vorlage bei einer Behörde
Auskunft aus dem Gewerbezentralregister	
Bescheinigung in Steuersachen (früher: St	teuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung)
Steuernummer:	Finanzamt:
Ich entbinde das Finanzamt für die Bearb die Bescheinigung in Steuersachen aufger Hinweise:	beitung des Erlaubnisantrages vom Steuergeheimnis hinsichtlich der in nommenen Daten.
	der Wohnsitz in Hamburg ist. Bei auswärtigem Wohnsitz ist der Antrag
beim Finanzamt am Wohnsitz zu stelle	en.
bestehende Steuerrückstände, die Ein Steuererklärungen und Steuervoranme	enthält Daten über die steuerlichen Verhältnisse, insbesondere über nhaltung steuerlicher Zahlungstermine und von Terminen zur Abgabe von lieldungen sowie über etwaige Strafen oder Bußgelder wegen nzverfahren oder die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung.
	Kontakt zum Finanzamt aufgenommen werden, weil Steuerschulden zu
einer Ablehnung des Erlaubnisantrage	es führen können.
Datum	Unterschrift des Antragstellers / der Antragstellerin

Erforderliche Unterlagen:

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister für Antragsteller/in beziehungsweise gesetzliche Vertretung
- Führungszeugnis (zur Vorlage bei Behörden) für Antragsteller/in beziehungsweise gesetzliche Vertretung
- Aktuellen Auszug aus dem Handelsregister bei juristischen Personen
 Bescheinigung in Steuersachen für Antragsteller/in (früher: Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung) des Finanzamtes
- Kopie Personalausweis (Vor- und Rückseite) oder Reisepass mit Meldebescheinigung
- Miet-, Pacht- oder Kaufvertrag
- Lageplan/Grundriss über die Betriebsräume
- Bescheinigung der Handelskammer über die vorgeschriebene Unterrichtung nach dem Gaststättengesetz für Antragsteller/in oder seine/ihre Stellvertretung gemäß § 9 Gaststättengesetz

Hinweise

- Das Erlaubnisverfahren sowie die Beantragung der Ausstellung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde und der Auskunft aus dem Gewerbezentralregister sind kostenpflichtig.
- Wer eine deutsche Staatsangehörigkeit nicht hat, benötigt für den Aufenthalt in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis.
- Der Gewerbebetrieb darf erst nach Erteilung der Erlaubnis begonnen werden. Der Beginn ist gemäß § 14 Gewerbeordnung anzuzeigen (Gewerbe-Anmeldung). Zuwiderhandlungen können mit Geldbuße geahndet werden.
- Im Küchenbereich tätige Personen benötigen eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes über die nach dem Infektionsschutzgesetz vorgeschriebene Belehrung (früher: Gesundheitszeugnis). Der Arbeitgeber hat diese Belehrung jährlich zu wiederholen und muss die Teilnahme dieser Personen dokumentieren.

Ausnahmen von der Erlaubnispflicht nach § 2 Gaststättengesetz

Die Erlaubnis nach § 2 Absatz 1 Gaststättengesetz ist nach § 2 Absatz 2 Nr. 4 und § 25 Gaststättengesetz nicht erforderlich:

- im Beherbergungsbetrieb für das Verabreichen von Getränken an Hausgäste,
- für Kantinen für Betriebsangehörige sowie für Betreuungseinrichtungen der im Inland stationierten ausländischen Streitkräfte, der Bundeswehr, der Bundespolizei oder der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Polizei,
- für Luftfahrzeuge, Personenwagen von Eisenbahnunternehmen und anderen Schienenbahnen, Schiffe und Reisebusse, in denen anlässlich der Beförderung von Personen gastgewerbliche Leistungen erbracht werden.